

Rede zum Haushalt 2024/2025 am 06. Mai 2024 - es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Frau Ortsbürgermeisterin, sehr geehrte Beigeordnete,
sehr geehrte Ratskolleginnen und -kollegen, sehr geehrte Damen und Herren,

wir sind heute hier, um über den Doppelhaushalt 2024/2025 für die Ortsgemeinde Dannstadt-Schauernheim zu beraten und ihn zu beschließen.

Sie sehen uns als CDU-Fraktion heute NICHT gerade euphorisch vor sich, denn wir diskutieren einen Haushalt, der von harten Einsparungen diktiert ist. Während wir uns gezwungen sehen, freiwillige Leistungen der Ortsgemeinde einzuschränken, müssen wir unfreiwillig Leistungen tragen, die durch das Land und andere auf uns abgedrückt werden.

Im Klartext: Wir als CDU wollen durch die Unterstützung dieser Haushaltsvorlage dazu beitragen, WEITERE Mehrbelastungen für die Bürgerschaft und unsere Gewerbebetriebe vermeiden. Gelebte Sozial- und Wirtschaftspolitik.

Bevor ich im Namen der CDU-Fraktion auf den Haushalt eingehe - Danke an die Verwaltung. An Herrn Wellstein, der bereit war, uns seine Haushaltsaufstellung ausführlich zu erläutern, sowie Frau Roos-Seidenspinner, die in Vorgesprächen die Ansätze ihres Fachbereiches ausführlich darlegte, sowie Herrn Mundzeck für seine Bereitschaft uns beim Finden von Einsparpotentialen in seinem Fachbereich zu unterstützen.

Das aus den Ansätzen der Verwaltung eine Haushaltsvorlage werden konnte, über die wir heute beraten und abstimmen können **gilt der Respekt und Dank allen Fraktionen und ihren Vertreterinnen** - insbesondere aber Manuela Winkelmann, die uns in Wahlkampfzeiten hinter sich versammelt hat und die Haushaltsaufstellung moderiert und angeführt hat. Entscheidungen waren an vielen Stellen nur zähneknirschend möglich, wurden dann aber in großer Einmütigkeit der Fraktionen getroffen.

Am Ende aber ist die Haushaltsvorlage ein Kompromiss.

Wie Henry Kissinger einmal sagte „Ein Kompromiss ist nur dann gerecht, brauchbar und dauerhaft, wenn beide Parteien damit gleich unzufrieden sind.“

So gesehen stimmen wir heute aus unserer Sicht über den bürgerfreundlichsten aller Kompromisse ab.

Sehr geehrte Damen und Herren,

erste uns am 24. Januar vorgelegte Haushaltsentwürfe wiesen im Ergebnishaushalt ein Defizit von 2,057 Millionen Euro im Jahr 2024 und 2,66 Millionen im Jahr 2025 auf. Ebenso wurde eine Anhebung der Hebesätze auf deutlich über 1.000 Punkte ins Spiel gebracht, um so höhere Einnahmen aus Grund- und Gewerbesteuer zu generieren.

Eine Zahl, die Erschrecken ausgelöst hat – bedeutete dies doch, dass wir die berüchtigte Ebling'sche Erdrosselungsgrenze direkt reißen würden. In einem Schreiben seines Ministeriums des Innern und für Sport vom 2. Mai 2023, Ziffer 4, S. 9. heißt es: „Maßnahmen zur Haushaltssanierung können auch Festsetzungen der Hebesätze oberhalb der Nivellierungssätze sein. Die Grenze der gemeindlichen Mitwirkungspflicht ist erst bei einer sogenannten "Erdrosselungswirkung" dieser Steuer erreicht, also einer Höhe, die Steuerpflichtige unter normalen Umständen nicht mehr aufbringen können. Eine derartige Wirkung hat die Rechtsprechung aber bisher auch bei Hebesätzen von bis zu 995 % verneint.“

So will diese Landesregierung alle Kommunen knebeln, um nicht im Rahmen des geforderten kommunalen Finanzausgleichs leisten zu müssen - oder etwa den eigenen Landeshaushalt und überbordende durch das Land verantwortet Leistungen zu hinterfragen.

Heißt - bis zu 995 Punkten kann die ADD die Erhöhung der Hebesätze anordnen, ohne gerichtliche Klagen dagegen fürchten zu müssen. Wenn durch die Anordnung der Hebesätze das Defizit nicht ausgeglichen werden kann, kann die ADD darüber hinaus noch die freiwilligen Leistungen streichen.

Ganz klar ist, dass bei der Reform des Kommunalen Finanzausgleichs durch das Land Rheinland-Pfalz wir Ortsgemeinden die „großen Verlierer“ sind. Wir sollen von unseren Bürgerinnen und Bürgern mit höheren Hebesätzen mehr Steuern verlangen, können aber im Gegenzug keine höheren Leistungen bieten.

Fast jeder ist von der Grundsteuer B betroffen, wird sie doch als Eigentümer oder über die Mietnebenkosten bezahlt. Extrem bitter ist das vor dem Hintergrund der Grundsteuerreform, welche schon systembedingte Steuererhöhungen bereithält. Wie genau die Aufkommensneutralität definiert und gewährleistet werden soll, wurde nicht konkret erklärt, dies hat auch Herr Wellstein mehrfach unterstrichen.

Wie sagt der „Bund der Steuerzahler Rheinland-Pfalz: „Urheber dieses Steuererhöhungs-Tsunami ist die Ampel-Koalition in Rheinland-Pfalz. Mit der deutlichen Erhöhung der Nivellierungssätze wurden die Kommunen in Zugzwang gebracht, ihre Hebesätze dahingehend anzupassen, wenn sie keine finanziellen Nachteile erleiden wollen.“

Dieses Spiel, bei dem ehrenamtliche Politiker gezwungen werden, Abgaben und Steuern vor Ort zu erhöhen und sich dafür gegenüber den Bürgerinnen und Gewerbetreibenden zu rechtfertigen, wollen wir NICHT MITSPIELEN.

Denn bereits 2023 waren wir gezwungen, den Hebesatz für die Grundsteuer B drastisch zu erhöhen, ebenso wie bei der Gewerbesteuer. Diese massiven Steuererhöhungen führen zu einem Verlust an Standort-Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit. Den Steuererhöhungen stehen für Unternehmen und Einwohner keine verbesserten Standortbedingungen gegenüber, weder in der Infrastruktur noch in der Digitalisierung der Verwaltung.

Klar ist – ein möglichst ausgeglichener Haushalt erfordert auch persönliche und politische Opfer. Wünschenswerte Investitionen und sinnvolle Modernisierungen müssen verschoben werden, in der Hoffnung auf eine bessere Landespolitik und haushälterische Zukunft. Unsere Ausgaben müssen wir minimieren, unsere Einnahme-Situation verbessern, beides, ohne dabei zu überziehen. Das können wir aber nur für einen begrenzten Zeitraum, auf Dauer ist das aber keine Lösung. Auf Dauer benötigen wir hier eine andere Landespolitik!

Darüber hinaus fehlen uns im Haushalt geplante Einnahmen aus der Vermarktung des Gewerbegebietes Dannstadt Ost Abschnitt zwei.

Der vollständige Bau der sogenannte Zweite Verkehrsachse als Ortsrandstraße würde das Verkehrsaufkommen in der viel befahrenen Hauptstraße im Ortsteil Dannstadt deutlich verringern und hätte daneben den Effekt, dass die Gemeinde relevante Erträge durch die Vermarktung der Gewerbegrundstücke und Gewerbesteuererträge in ihre Haushaltsplanung verbuchen könnte.

Bereits 2006 wurde Baurecht erteilt. Rechtsstreitigkeiten verzögerten die Umsetzung und erst recht der Regierungswechsel in Mainz im Jahr 2011 und die damit verbundene Streichung zugesagter Mittel durch die damals neue GRÜNE Verkehrsministerin Eveline Lemke. Dies verzögerte den Fortgang, bis endlich im November 2018 die letzte Genehmigung vorlag und auf den Tag genau vor fünf Jahren am 6. Mai 2019 der erste Spatenstich für Abschnitt 1 gesetzt wurde.

Aber: Die Landesregierung in Mainz war nicht allein Verursacherin dieser Verzögerungen. Es gab und gibt auch vor Ort in Dannstadt-Schauernheim weitere Behinderungen. Die dadurch momentan fehlenden Finanzmittel haben die Planung des Haushaltes unnötig erschwert und freiwillige Leistungen in Frage gestellt.

Wieso wir in diese Zwickmühle geraten sind? Aus unserer Sicht, weil von Beginn an durch eine aus unserer Sicht eher kleine Gruppe bzw. Ihre Gründungsmitglieder offensichtlich der Wille zum offenen Dialog und zur Kompromissbereitschaft fehlte.

Hätte man die Verhinderung des Weiterbaus der Erschließungsstraße nicht eingeleitet, sondern sich mit der Verwaltung oder dem Ortsgemeinderat zusammengesetzt und nach einer GEMEINSAMEN Lösung, einem Kompromiss gesucht, die Straße wäre mittlerweile wohl gebaut und wir müssten wir uns heute vermutlich keine Gedanken über Investitionen in Kindertagesstätten und über unsere freiwilligen Leistungen machen.

Auch wir hier in Dannstadt-Schauernheim müssen um viele Ergebnisse miteinander streiten – und die bestehen meist in Kompromissen. Die Vorstellung, es könnte in allen politischen Fragen stets Übereinstimmung geben, ist angesichts der gesellschaftlichen Vielfältigkeit absurd. Gerade deshalb müssen wir alle immer dazu bereit sein, Kompromisse zu finden. Dann müssen wir aber alle GEMEINSAM danach SUCHEN WOLLEN und dürfen NIE allein aus ideologischen Gründen Entwicklungen blockieren.

Ein Kompromissvorschlag der CDU war und bleibt die Umwandlung zusätzlicher Flächen in unmittelbarer Nachbarschaft zum im Bebauungsplan-Plan als Naturfläche gekennzeichneten Pappelwäldchen, um dieses durch die Pflanzung hochwertiger, standorttypischer und einheimischer Bäume wie Eichen, Ulmen und Eschen ökologisch weitaus höher aufzuwerten. Dies alles zusätzlich zu der Kompensation von 5,5 ha für das Gewerbegebiet gemäß Baurecht.

Entgegen allen Behauptungen: Seit dem Baurecht 2006 bis zum heutigen Tag – es war zu keinem Zeitpunkt geplant, das „Pappelwäldchen“ selbst zu roden. Gerade zu grotesk ist in diesem Zusammenhang, dass sich ein „Runder Tisch Verkehr“ gründete, in dem man sich über die Verwaltung und fehlende Verkehrslösungen zu empörte, gleichzeitig aber die naheliegendste Entlastung an anderer Stelle bewusst und aus freien Stücken zu torpediert wurde. Danach dann propagandistisch tätig zu werden und in Verlautbarungen tendenziös die Verwaltung und den „Ortsgemeinderat“ anzugreifen ist selbstvergessen.

In einer Stellungnahme im Zusammenhang mit der Unterschriftenaktion der Interessensgemeinschaft (IG) Bürgerwille wurde unserer Ortsbürgermeisterin dann „Etikettenschwindel“ beim Vergleich mit der Unterschriftenaktion der sogenannten Aktionsgemeinschaft vorgeworfen, da das Ergebnis wohl nicht in das eigene Weltbild passte. Den einzigen Etikettenschwindel, der hier wahrzunehmen ist, findet sich auf der damaligen Unterschriftensammlung der Aktionsgemeinschaft und noch heute auf deren Internetseite. Dort ist sinnverzerrend und in unserem Verständnis gegen besseres Wissen wahrheitswidrig geschrieben:

„Rettet das Pappelwäldchen“ und „Erhalt des Pappelwäldchens.“
oder in der Rheinpfalz:

„Aktionsgemeinschaft will Pappelwäldchen erhalten“

Wer wollte das eigentlich nicht? Was nie gefährdet war, wo es über den Erhalt stets einen Konsens gab - muss doch auch nicht gerettet werden und wir alle wissen, dass diese Aufforderung nie der Wahrheit entsprach. Anspruch und Wirklichkeit klaffen hier weit auseinander. Nicht überall, wo „gut gemeint“ drauf steht ist auch „gut gemacht“ drin.

Dannstadt-Schauernheim freut sich sicher über eine positive grüne Realpolitik, aber keine destruktive Fundamentalopposition.

Wäre der CDU Kompromissvorschlag verwirklicht, hätten wir im Haushalt relevante Mehreinnahmen vermutlich in siebenstelliger Höhe. Wir werden zu einem späteren Punkt der Tagesordnung über einen gemeinsamen Vorschlag von FDP, SPD und CDU abstimmen, um hier weiter voranzukommen und dem Haushalt 2025 eine stabilere Finanzgrundlage zu ermöglichen.

Die Querschläger aus Mainz und von vor Ort müssen wir in der kommunalen Selbstverwaltung GEMEINSAM versuchen, möglichst positiv zu verarbeiten, indem wir sparen und uns auf Kernprojekte fokussieren. Beispiele sind der Neubau der Kita in der Haardtstraße sowie die Standort-Sicherung der KiTa im Ortsteil Schauernheim.

Aber eine Folge ist, dass wir zur Einnahmensteigerung - wenn auch moderat - Gebühren erhöhen müssen, beispielsweise Friedhofsgebühren oder, ebenso wie umliegende Gemeinden, künftig ein Nutzungsentgelt für die Gemeindebücherei einführen. Wir werden alles unterstützen, um das ZaS besser auszulasten und zu vermarkten, müssen aber - auch wenn es schwer fällt - Investitionen in die Instandsetzung und Ertüchtigung des Sagenbrunnens in Schauernheim und des Ochs- und Esel-Brunnens in Dannstadt vorerst streichen. Dies bringt uns immerhin sechsstelligen Einsparungen im Aufwandshaushalt. Es schmerzt, den Bürgern hier keine kurzfristige Lösung anbieten zu können.

Ebenso müssen wir auf ein weiteres Herzensprojekt der CDU verzichten: Nämlich Ausstattung der neuen Kita in der Haardtstraße mit einer Gemeinschaftsküche. Diese hätte alle Kitas mit hochwertigem, regionalem, frischem und gesunden Essen versorgen und die die Abhängigkeit von Catering-Lösungen verringern sollen.

Wir hoffen, dass sich dies zu einem späteren Zeitpunkt auch nachträglich noch realisieren lässt.

Weitere florierende Einnahmequellen werden künftig nötig sein, um die Aufwendungen durch Zinsbelastungen und laufende Kita-Kosten, zu tragen. Wir können dies nur durch weitere Steigerungen auf der Einnahmeseite kompensieren.

Im Gegensatz zur Verbandsgemeinde, die bei Finanzlücken die Umlage auf die Ortsgemeinden erhöhen kann (was sie glücklicherweise nicht getan hat), stünde uns hier nur die Erhöhung der Hebesätze und damit eine wesentliche Mehrbelastung zur Verfügung; den Letzten beißen eben immer die Hunde. **Es ist und bleibt aber stets das klare Ziel der CDU, von unseren Bürgerinnen und Bürgern sowie dem lokalen Gewerbe NICHT immer mehr zu verlangen, sondern zu versuchen, bei gleichbleibenden Sätzen die Einnahmen weiter zu steigern, indem wir mehr junge Familien und weiteres Gewerbe ansiedeln.**

Dafür müssen wir als Standort attraktiv bleiben: moderate Hebesätze und eine adäquate Infrastruktur, gerade durch den Neu- und Ausbau von Kindertagesstätten sowie durch unserer freiwilligen Betreuungsangebote, durch die Unterstützung unsere Vereine und Freizeiteinrichtungen wie das ZAS und der Kulturhof Schrittmacher, einen attraktiven ÖPNV und anderes mehr.

Weitere Schwerpunkt-Ausgaben im Haushalt 2024/25 werden sein

- ➔ Sonderumlage - Grundschulen --> diese fließt auch an unsere beiden Standorte Schauernheim und Dannstadt, die damit beide gesichert und gestärkt werden
- ➔ Verbandsgemeindeumlage --> Eine intensiver Einbindung der Ortsgemeinden in die Planung, Aufstellung und Umsetzung wird gewünscht, um GEMEINSAM lokale Entwicklungsstrategien festzulegen und in EINE Schlagrichtung zu agieren, Beispiel Rathaus-Neubau.
- ➔ Unsere Kreisumlage hat sich aufgrund sprudelnder Gewerbesteuererträge weiter erhöht. Hier wird auf den ersten Blick lokale Leistung zwar nicht direkt belohnt, aber wir sind guter Hoffnung, dass uns dies dabei hilft, durch Projekte des Kreiswohnungsverband im sozialen Wohnungsbau in Dannstadt UND Schauernheim künftig zu profitieren.
- ➔ Dorfentwicklung --> Schritt für Schritt gehen wir weiter und planen auf Sicht. Neubaugebiet Kratzbügen, Gewerbegebiet Ost 2, Kindergärten, Straßenerhalt, usw.
- ➔ ÖPNV
2025 kommt die Nord-Süd Verbindung Maxdorf-Schifferstadt, wichtig auch für den überregionalen Pendlerverkehr und die städtische Anbindung.
- ➔ Spielplätze + Freizeiteinrichtungen: Auch hier konnten wir uns auf relevante Haushaltsansätze einigen.

Grundsätzlich gilt für dem vorgelegten Haushaltsentwurf:

Es geht 2024 und 2025 nicht mehr alles und schon gar nicht auf ein Mal. Wir müssen unsere Aufgaben eine nach der anderen abarbeiten. Hiwwe und driwwe vun de Brick. **DAZU WIR MÜSSEN GEMEINSAM STREITEN UND GEMEINSAM ENTSCHIEDEN UM GEMEINSAM WEITERZUKOMMEN.**

Schlusswort

Politische engagierte im Ehrenamt sind immer weniger bereit, immer größere Belastungen für die Einwohner durch Ihre Zustimmung zu legitimieren und sich dann für die Auswirkungen einer verfehlten Landespolitik vor Ort zu rechtfertigen.

Das Beispiel von Freisbach zeigt, wohin das führen kann. Ein kompletter Rat tritt zurück. Das darf nicht gewollt sein. Das muss verhindert werden, da sonst die Bürger resignieren und damit die Demokratie noch stärker unter Druck gerät. Die Selbstverwaltung und Mitbestimmung nach demokratischen Regeln wird auch in den kleinen Kommunen von der Bürgerschaft gewünscht und muss erhalten bleiben. Aber ist das auch mit allen Konsequenzen noch gewünscht?

Wenn ja, dann brauchen wir hier in der Ortsgemeinde Dannstadt-Schauernheim auch zukünftig finanzielle Möglichkeiten, unsere Gemeinde durch von uns bestimmte freiwillige Leistungen für unsere Bürgerschaft attraktiv zu gestalten. Denn nur dann können wir vor Ort einen wesentlichen Beitrag zum Zusammenhalt der Gesellschaft leisten. Stülpen uns Bund und Land immer mehr Aufgaben über, zu deren Umsetzung wir gezwungen werden, ohne für die dadurch entstehenden Kosten ausreichend Erstattung zu erhalten, verlieren wir die Möglichkeit zur Mitgestaltung unserer Gemeinschaft.

Die Möglichkeiten dieses Ortsgemeinderates, selbst Verantwortung zu übernehmen und relevante Entscheidungen zu treffen, muss wieder wachsen, wenn wir gerade junge Menschen für demokratische Mitbestimmung begeistern wollen.

Wir sitzen mit Verbandsgemeinde- und Kreis-Verwaltung im selben Boot, doch gilt auch diesen der Apell der CDU, dieses Gremium in seinen Aufgaben weiter zu unterstützen und zu stärken, unsere kommunale Selbstverwaltung zu sichern und den Bürgerinnen und Bürgern mehr Beteiligung zu ermöglichen. Dafür haben wir als CDU in Dannstadt-Schauernheim die letzte Legislatur gearbeitet und das wollen wir auch künftig tun.

Liebe Ratsmitglieder,

allen Widrigkeiten zum Trotz konnte das Defizit des Ergebnishaushaltes in gemeinsamen Vorbesprechungen für 2024 um 2,42 Mio.€ auf und für 2025 um 1,96 Mio. € gesenkt werden.

Unser Finanzhaushalt, der die Investitionstätigkeit mitberücksichtigt, weist 2024 ein Minus von 8,9 Mio. € sowie 2,6 Mio. € für 2025 aus.

Die Hebesätze sollen für die Jahre 24 und 25 UNVERÄNDERT beibehalten werden:

Grundsteuer A:	345 Prozent (land- und forstwirtschaftliche) Landesdurchschnitt 2023 - 360 Prozent (50 gr. Gem. BdStZ)
Grundsteuer B:	465 Prozent (Grundstücke) Landesdurchschnitt 477 Prozent. (50 gr. Gem. BdStZ)
Gewerbsteuer:	Ertrag: 380 Prozent Landesdurchschnitt 396 Prozent (50 gr. Gem. BdStZ)

Die Zukunft unserer Ortsgemeinde macht es aus unserer Sicht erforderlich, so vorzugehen. Wir sind gefordert eine fortschrittliche Entwicklung auf den Weg zu bringen, um Dannstadt-Schauernheim auch weiter attraktiv für Gewerbebetriebe und Neubürgerinnen und -bürger auszurichten. Nur wenn wir die Weichen entsprechen stellen, können wir durch eine verbesserte Einnahme-Situation - und in der Hoffnung auf eine für uns bessere Landespolitik - in Dannstadt-Schauernheim wieder gestaltunfähig werden.

Wir empfehlen dem Ortsgemeinderat die Zustimmung zum Haushaltsentwurf 2024/25.

Elmar Burkhardt

Sprecher der CDU-Fraktion im Verbandsgemeinderat Dannstadt - Schauernheim